




Computerspiele endlich ernst nehmen

Computerspiele endlich ernst nehmen
Zur Eröffnung der diesjährigen Computerspielemesse gamescom in Köln erklärt Malte Spitz, Mitglied im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Spielekultur ist in Deutschland weit verbreitet und Computerspiele ein allgemein anerkanntes Kulturgut. Wirtschaftlich baut sich hier eine etablierte Branche auf, politisch herrscht aber seit Jahren Stillstand in Deutschland. Die schwarz-gelbe Bundesregierung betreibt reine Feigenblattpolitik, wie den Deutschen Computerspielepreis. Und selbst dieser macht nur durch versuchte politische Einflussnahme von sich reden. Im Bereich der Spielekultur gibt es politisch noch einiges zu tun: Wirtschaftspolitisch, da viele Start Ups und kleine und mittelständische Unternehmen entstehen die unterstützt werden müssen. Verbraucherpolitisch, weil Spielerinnen und Spieler oftmals nicht alle ihre Rechte wahrnehmen können, sei es beim Weiterverkauf von Spielen oder beim Schutz persönlicher Daten. Medienpolitisch, weil Computerspiele stärker in die Medienförderung integriert und die Medienkompetenz weiter ausgebaut werden muss. Bildungspolitisch, weil Computerspiele mit dem Ziel der Lernkompetenzförderung immer häufiger Teil des Unterrichts sein können. Auch die Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Sektor müssen im staatlichen System mehr Verankerung finden, man darf sie nicht auf private Bildungsleiter ausgliedern. Wir Grüne treten für einen gesamtpolitischen Blick auf das Thema Computerspiele ein, denn Gaming ist keinesfalls ein Randphänomen: Computer-, Browser-, Handy- und Konsolenspiele sind in allen Altersgruppen gesellschaftlich verankert."
Bündnis 90/Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
11015 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/28442130
Telefax: 030/28442234
Mail: presse@gruene.de
URL: <http://www.gruene-partei.de>


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.